



iran-report

Nr. 05/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Sieben Wochen bis zur Präsidentenwahl / Erklärung der Studentenorganisation „Tahkim Wahdat“ / Die erste Bewerberin für das Amt des Staatspräsidenten / Ethnische Unruhen in der Provinz Chusistan / Parlament verfügt Hausverbot gegen eine Journalistin / Der Fall der ermordeten Fotoreporterin Zahra Kazemi wird wieder aufgerollt / Sittenpolizei verschärft Maßnahmen gegen Frauen / Parlament verabschiedet Abtreibungsgesetz / Iranische Frauenorganisation wirbt Selbstmordattentäterinnen an

II. Wirtschaft

Kauft Iran MG Rover komplett auf? / Einstieg in den chinesischen Automarkt / Weitere Öffnung der Teheraner Börse für Ausländer / Iran benötigt sechzig Milliarden Dollar Investitionen für die Ölindustrie / Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ermittelt gegen iranische Firma

III. Außenpolitik

Chatami in Paris / Drei Millionen für Demokratie - US-Unterstützung für iranische Opposition / Israels Plan für einen Regimewechsel in Iran / Rice droht Iran mit Sicherheitsrat / EU bestreitet Verschiebung von Gesprächen mit Iran / Europarat fordert Öffnung von Irans Atomanlagen / Teheran besteht weiterhin auf das Recht zur Urananreicherung / Putin bekräftigt Nein zu militärischem Atomprogramm Irans / Reaktionen auf die Wahl des Kurden Talebani zum Staatspräsidenten des Irak / Besuch einer Delegation des Europaparlaments



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 06/2005 Anfang Juni) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Mai 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Sieben Wochen bis zur Präsidentenwahl

Auch sieben Wochen vor der Präsidentenwahl stehen die Kandidaten noch nicht fest. Grob betrachtet kämpfen vier politische Strömungen um das Amt, das Präsident Mohammad Chatami nach acht Jahren niederlegen wird. Doch keine dieser Strömungen konnte sich bislang auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Unter den Reformern, die den bereits gescheiterten Versuch Chatamis, die Islamische Republik von oben reformieren zu wollen, mit gewissen Veränderungen fortsetzen wollen, gibt es zwei Bewerber: den ehemaligen Parlamentspräsidenten Mehdi Karrubi und den ehemaligen Kultusminister Mostafa Moin. Während Karrubi den rechten Flügel der Reformer vertritt, tendiert Moin eher nach links. Beide haben wenig Chance, die Wahl zu gewinnen, denn die Reformer haben insgesamt das Volk zutiefst enttäuscht. Die Wähler fragen sich, warum ein Versuch, der acht Jahre lang erprobt wurde und keine konkreten Ergebnisse gebracht hat, für weitere vier Jahre fortgesetzt werden soll. Zudem ist nicht sicher, ob Moins Kandidatur nicht vom Wächterrat abgelehnt wird, so dass er sich ohnehin nicht zur Wahl stellen kann.

Auch die konservativen Islamisten, die noch bis vor kurzem sicher schienen, dass sie nach ihrem Sieg bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen nun auch die Macht über die Exekutive erringen würden, haben sich im Zuge des Wahlkampfes mehrfach gespalten. Abgesehen von persönlichen Rivalitäten und organisatorischen Zersplitterungen, haben sich nun zwei Hauptströmungen herausgebildet. Auf der einen Seite stehen die Grauen Eminenzen, einflussreiche Männer, die gemeinsam mit Ayatollah Chomeini den islamischen Staat gegründet und in den vergangenen 26 Jahren entweder als Strippenzieher hinter den Kulissen oder als Träger hoher Ämter die Geschicke des Landes gelenkt haben. Ihr Ziel ist, vielleicht in Anbetracht der wachsenden Probleme etwas moderater, die bisherige Politik fortzusetzen. Ihnen gegenüber stehen die Vertreter nachfolgender Generationen, vor allem jener Generation, die als opferbereite Jünger

Chomeinis die militärischen und paramilitärischen Organisationen der Islamischen Republik aufgebaut, acht Jahre lang unter Einsatz des eigenen Lebens gegen Irak Krieg geführt und danach den Wiederaufbau des Landes vorangetrieben hat. Man könnte die Vertreter dieser Generation als Links-Islamisten bezeichnen. Ihre Ideale sind auf die ersten Jahre der Revolution und auf die Ideen Chomeinis gerichtet. Sie wollen nun, nachdem sie in den meisten Kommunen das Sagen haben und im Parlament die Mehrheit errungen haben, die ganze Macht, sie wollen einen einheitlichen Staat, in dem alle Organe und Instanzen ethisch und moralisch, politisch und sozial den Grundsätzen des Islam folgen und den Gottesstaat weiterentwickeln. Doch in den vergangenen Monaten hat sich im Zuge des Wahlkampfes herausgestellt, dass sie nicht einmal in der Lage sind, sich selbst zu einigen. Von beiden Lagern sind insgesamt acht Kandidaten im Gespräch. Eine Einigung auf einen Kandidaten ist nicht in Sicht. Es wird eher vermutet, dass von Seiten der Konservativen sich mehrere Kandidaten um das Amt des Staatspräsidenten bewerben werden, was natürlich zu erheblichen Stimmenverlusten für den jeweiligen Kandidaten führen wird.

Die vierte Strömung bilden jene Gruppen, die als national-religiös bezeichnet werden. Das sind einmal die Mitglieder der von dem ersten Ministerpräsidenten der Islamischen Republik, Mehdi Bazargan, gegründeten Freiheitsbewegung, die den rechten Flügel der Strömung bilden und zum anderen aufgeklärte, liberal gesinnte Persönlichkeiten im islamischen Lager, die für grundlegende Reformen plädieren. Diese vierte Strömung hat bei den Wahlen absolut keine Chance. Ihr Kandidat ist der Außenminister der nach der Revolution von Chomeini einberufenen provisorischen Regierung, Ebrahim Yazdi. Er wird vom Wächterrat so gut wie sicher nicht akzeptiert werden.

Jenseits, über oder besser zwischen allen Lagern, steht Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani. Bis zum Redaktionsschluss hat er seine Entscheidung, an der Wahl teilzunehmen, nicht bekannt gegeben. Seit Monaten zielt er sich, lässt sich von verschiedenen Gruppen bitten, aber der siebzigjährige Geistliche, der zu den mächtigsten, auch reichsten Männern des Gottesstaates gehört, erklärt immer wieder, er



wolle abwarten, wolle Jüngeren den Vortritt lassen. Sollte sich aber kein geeigneter Kandidat finden, der die außen- und innenpolitischen Krisen meistern könnte, werde er in den sauren Apfel beißen und sich in den Dienst des Volkes stellen. Zuletzt sagte er, er habe stark das Gefühl, dass er „die bittere Pille schlucken muss“, was nach Meinung politischer Beobachter ein 99-prozentiges Ja bedeutet. Er ist zwar der am meisten verhasste Politiker in Iran, weil er als brutal und korrupt gilt. Man weiß auch, dass er bei manchen Mordanschlägen gegen Dissidenten als Auftraggeber gewirkt hat. Dennoch glaubt man, er sei ein „Macher“ und werde für wirtschaftlichen Aufschwung und Beilegung der außenpolitischen Konflikte sorgen. Tatsächlich zeigen Umfragen, dass er im Vergleich zu anderen Bewerbern mit großem Abstand vorn liegt. Sollte er, wie erwartet wird, offiziell seine Kandidatur anmelden, würden andere Bewerber in große Schwierigkeiten kommen.

Zu erwähnen ist nicht zuletzt der Umstand, dass die überwiegende Mehrheit des Volkes, das einen Regimewechsel herbeisehnt, bei diesem Wahlkampf überhaupt nicht vertreten ist. Alle genannten Gruppen und Personen befinden sich im islamischen Lager. Sie machen das Spiel unter sich, sie streiten sich, rivalisieren miteinander. Innerhalb des Lagers geht es sogar recht pluralistisch zu. Es wird um unterschiedliche Konzepte gestritten. Die Akteure entlarven und kritisieren sich gegenseitig und werben um Stimmen. Aber nach außen bilden sie eine gemeinsame Front, eine geschlossene Gesellschaft, zu der Fremde – man bezeichnet sie offiziell als „nichteigene“ – nicht zugelassen werden. Somit ist die Wahl, nach demokratischen Maßstäben gemessen, eine Farce. Daher wird vermutlich die Mehrheit der Wähler, wie bereits bei den letzten Kommunalwahlen und Parlamentswahlen, sich nicht an der Wahl beteiligen.

Dennoch ist in der Geschichte der islamischen Republik bisher keine Wahl so entscheidend gewesen, wie diese. Denn das Land steckt außen- und innenpolitisch in einer tiefen Krise und es ist in dieser Situation nicht unbedeutend, welche Strömung oder Person an der Spitze der Exekutive steht.

Erklärung der Studentenorganisation „Tahkim Wahdat“ zu den Präsidentschaftswahlen

Die größte Studentenorganisation Irans, „Tahkim Wahdat“, hat am 18. April zu den Präsidentschaftswahlen eine Erklärung veröffentlicht, in der sie indirekt zum Wahlboykott aufruft. Wir geben im Folgenden eine Kurzfassung wieder:

„Während wir uns der neunten Periode der Wahl des Staatspräsidenten nähern, spüren in- und ausländische Beobachter eine erstaunliche Kälte der Wahlatmosphäre und eine tiefe, bemerkenswerte Spaltung zwischen den Wünschen des Volkes und den Aktivitäten der Akteure auf der politischen Bühne“, heißt es in der Erklärung. Diese Wahl zeige weit deutlicher als die Wahlen davor, dass es sich um eine Scheinwahl handle. Die Organisation „Tahkim Wahdat“ sehe sich in Anbetracht der traditionell aufklärerischen und der gesellschaftlichen Rolle der Studenten dazu verpflichtet, der Öffentlichkeit folgende Punkte mitzuteilen:

1. Die achtjährige Erfahrung der Reformbewegung habe deutlich gezeigt, dass auf der einen Seite die selbsternannten Machthaber sich hartnäckig der gewählten Regierung und dem gewählten Parlament in den Weg stellten, jede Reform verhinderten und den Willen des Volkes missachteten und dass auf der anderen Seite die staatlichen Reformer nicht in der Lage waren, ihre Programme und angekündigten Versprechungen durchzusetzen. Insgesamt könne aus dieser Erfahrung geschlossen werden, dass der Versuch, das System auf parlamentarischem Weg und von oben zu reformieren, endgültig gescheitert sei. Aus eben diesem Grund habe sich die überwiegende Mehrheit des Volkes geweigert, an den letzten Kommunal- und den letzten Parlamentswahlen teilzunehmen. Zurzeit sei kein Zeichen einer Abweichung von der bisherigen manipulativen Vorgehensweise sichtbar und alles deutete darauf hin, dass der Wächterrat weiterhin entschlossen sei, seine Machtinstrumente einzusetzen, um die Teilnahme unabhängiger Kandidaten, die vom Volk unterstützt werden, zu verhindern. Somit scheine jede Hoffnung auf freie Wahlen völlig unrealistisch zu sein. Die selbsternannten Machthaber verfügten über sämtliche Instanzen des Staates und hätten ein Monopol über die Gesetzgebung, die Justiz, das Militär und die Sicherheitsorgane. Sie



bestimmen die Wirtschaftspolitik, Außen- und Innenpolitik, sie beherrschen die Medien und haben ein Monopol auf Informationen. Jedes kritische Wort, jeder Protest werde als ein Vergehen betrachtet und mit harten Strafen geahndet. Selbst die einfachsten Forderungen nach Einhaltung der Bürgerrechte würden als Verschwörung und als Vorbereitung zum Sturz des Staates geendet und unter Androhung der Todesstrafe zurückgewiesen. Unter diesen Umständen seien die Voraussetzungen für freie Wahlen, für das Recht, frei zu wählen bzw. gewählt zu werden, die Meinung frei zu äußern, sich frei zu versammeln, Parteien und Gruppen zu bilden, nicht gegeben. Viele politische Meinungsträger befänden sich im Gefängnis. Der Mangel an Sicherheit, die Angst vor Verfolgung und das Fehlen von Möglichkeiten, in den Medien für eigene Kandidaten oder Programme zu werben, schließen freie Wahlen aus. Die Teilnahme an solchen Wahlen bedeute nichts anderes, als die bereits gescheiterten Versuche zu wiederholen und die Politik der Monopolisten zu legitimieren.

2. Wahlen hätten nur dann einen Wert, wenn sie den Prozess der Demokratisierung vorantreiben und den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen würden. Wichtig bei Wahlen sei nicht die bloße Form, sondern der Inhalt. Die Struktur der Macht in Iran sei so gestaltet, dass die Dominanz der ernannten über die gewählten Instanzen von vornherein gesichert sei. Die in der Verfassung vorgesehene Machtverteilung verwandle die direkte Demokratie in einen formalen Akt mit dem Ergebnis, dass die gewählten Instanzen im Vergleich zu den ernannten in eine sekundäre, ja überflüssige Rolle gedrängt werden. Diese Diskrepanz zwischen der formalen und der wirklichen Demokratie habe das iranische Volk in den vergangenen acht Jahren am eigenen Leib erfahren. Gemäß der Verfassung verfüge der vom Volk gewählte Staatspräsident über keine Macht, die ihn dazu befähigen würde, den Willen des Volkes durchzusetzen. Daher gehe es bei den bevorstehenden Wahlen nicht darum, einen fähigen Kandidaten für das Amt zu finden, sondern in erster Linie darum, das Amt mit entsprechenden Machtbefugnissen auszustatten.

3. In Anbetracht der innen- und außenpolitischen Probleme, mit denen das Land konfrontiert sei, seien die Machthaber mehr als zuvor bemüht, ihre

Macht durch eine ansehnliche Wahlbeteiligung zu legitimieren, um dadurch die gegenwärtige Krise zu überwinden, nach der Wahl nach außen Kompromisse einzugehen und nach innen die Unterdrückung fortzusetzen. Daher seien sowohl die Konservativen als auch die Reformer bemüht, das Wahlvolk zu mobilisieren und so viele Wähler wie möglich an die Urnen zu bringen.

Die Machthaber würden sich irren, wenn sie glauben, durch Aufstellung mehrerer Kandidaten die Wahlbeteiligung erhöhen und den Eindruck erwecken zu können, es gäbe einen Wettbewerb verschiedener Kräfte und Programme. So hätten die Konservativen zur Irreführung der Öffentlichkeit eine ganze Reihe von Kandidaten aufgestellt, die in Wirklichkeit zusammen eine kleine Minderheit vertreten. Es seien dieselben Personen, die direkt oder indirekt für die vergangenen siebenundzwanzig Jahre die Verantwortung tragen.

4. In den meisten Staaten, die sich auf dem Weg zur Demokratie befinden, zeige die Erfahrung, dass sich die Zivilgesellschaft im Falle des Scheiterns der Reformen von oben von der herrschenden Macht entfernt und es vorzieht, trotz aller Gefahren, sich gegenüber der Macht zu behaupten, statt auf die Gnade von oben zu hoffen. Die bevorstehenden Wahlen bieten für diese Strategie eine günstige Gelegenheit.

5. Selbst bei freien Wahlen hat die Studentenbewegung die Pflicht, auf die Einhaltung demokratischer Spielregeln und gleicher Rechte der Kandidaten zu achten, anstatt für eine bestimmte Fraktion Partei zu ergreifen.

6. Die Befürworter des Boykotts einer Wahl, die nicht zur Demokratie führt und nur der herrschenden Macht Legitimität verleiht, seien davon überzeugt, dass eine hohe Wahlbeteiligung keineswegs die Gefahr einer Einmischung des Auslands ausschließen würde. Im Gegenteil, eine hohe Wahlbeteiligung werde jede Hoffnung auf eine Veränderung von innen vernichten. In dieser resignativen Atmosphäre würden sich die Blicke umso mehr nach außen richten. Die Wahl biete für die Zivilgesellschaft die Gelegenheit, sich zu organisieren und unabhängig von der herrschenden Macht den Prozess der Demokratisierung zu beschleunigen. Letztendlich sei die Frage der Wahlbeteiligung nichts anderes als die Entscheidung darüber, ob man weiterhin an Reformen von oben



glaubt oder der Meinung ist, dass Reformen von unten und gegen die herrschende Macht durchgesetzt werden müssen.

Die erste Bewerberin für das Amt des Staatspräsidenten

Es ist das erste Mal in der Geschichte der Islamischen Republik, dass sich eine Frau um das Amt des Staatspräsidenten bewirbt. Die Parlamentsabgeordnete Rafat Bayat hat Anfang April überraschend ihre Kandidatur bekannt gegeben. Zwar gab es schon zuvor einige Frauen wie Faezeh Rafsandschani, Tochter des Expräsidenten Haschemi Rafsandschani, oder die frühere Parlamentsabgeordneten Azam Taleghani, die für dieses Amt vorgeschlagen wurden. Doch sie haben sich nie offiziell beworben.

Nach Paragraph 115 der Verfassung der Islamischen Republik kann nur derjenige sich um das Amt des Staatspräsidenten bewerben, der als „religiöse und politische Persönlichkeit“ allgemeines Ansehen genießt. Das hier verwendete Wort „Redjal“ hat eine doppelte Bedeutung. Es kann damit „Männer“ gemeint sein oder „Persönlichkeiten“. Daher ist die Frage, ob Frauen überhaupt das Amt des Staatspräsidenten übernehmen können, umstritten. Kürzlich hatte ein Verantwortlicher der Justiz gemeint, das Wort bedeute „Persönlichkeiten“. Damit seien sowohl Männer als auch Frauen gemeint. Doch anscheinend wurde er von höheren Instanzen zurückgepfiffen. Wenige Tag später dementierte er seine Aussage und meinte, das Amt des Staatspräsidenten könne nicht von Frauen übernommen werden. Der Wächterrat, der für die Auslegung der Verfassung zuständig ist, hat sich bisher zurückgehalten und zu diesem Thema geschwiegen.

Bayat selbst hat in einem Interview mit dem persischsprachigen Programm der BBC die Hoffnung geäußert, dass der Wächterrat die geschlechtliche Zugehörigkeit nicht als Voraussetzung für eine Bewerbung um das Amt des Staatspräsidenten betrachten und ihr die Chance geben wird, mit den Männern um dieses Amt zu konkurrieren.

Obwohl Frau Bayat keiner Partei angehört, wird sie zur Fraktion der Konservativen gezählt. Sie selbst hat erklärt, dass sie als Parteiunabhängige auftreten werde. Sie kritisierte sogar

Bewerber, die sich aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit gemeldet haben. Das Amt müsse unabhängig sein, sagte sie. Ihrer Ansicht nach gehöre „dieses sich Verstecken hinter den Fraktionen“ zu den aktuellsten Problemen des Landes. Hinzu kämen Korruption, Mangel an Einsatz und Missmanagement. Sollte ein Kandidat gewählt werden, der parteigebunden ist, müsste der Revolutionsführer ein unabhängiges Gremium einsetzen, das die Regierung kontrolliert, sagte sie.

Sie könne der Meinung, Iran sei eine Männergesellschaft, nicht zustimmen, erklärte Bayat. Daher hätte eine Frau, trotz der Männerdominanz in einigen Teilen des Landes, durchaus die Chance, zum Staatspräsidenten gewählt zu werden.

Bayat ist 47 Jahre alt. Sie ist Mitglied im Gesundheitsausschuss. Zurzeit arbeitet sie an ihrer Promotion im Fach Soziologie. Vor ihrem Einzug ins Parlament war sie in der Organisation für den Aufbau (Basidj), Abteilung Frauen und als Beraterin des Vizepräsidenten im Bereich Sport tätig.

Ethnische Unruhen in der Provinz Chusistan

Am 16. April begannen in der mehrheitlich von Arabisch sprechenden Iranern bewohnten Provinz Chusistan gewalttätige Auseinandersetzungen, die mehrere Tage andauerten. Dabei wurden mehrere Menschen getötet und zahlreiche verletzt. Rund 250 Demonstranten wurden festgenommen.

Ausgelöst wurden die Unruhen durch einen angeblich vom früheren Vizepräsidenten Mohammad Abtahi verfassten Brief, in dem die Forderung erhoben wurde, die Arabisch sprechende Bevölkerung zu vertreiben und arabische Städtenamen durch persische zu ersetzen. Abtahi selbst erklärte, ein solches Schreiben nie verfasst zu haben. Wer und mit welcher Absicht das Schreiben gefälscht und in Umlauf gebracht hat, ist bislang nicht bekannt.

Politische Beobachter vermuten, dass die Unruhen eher von außen initiiert wurden, mit dem Ziel, die Zentralmacht in Teheran zu schwächen. Iran ist ein Vielvölkerstaat. Türken, Kurden, Araber, Belutschen, Turkmenen bilden neben den Persern die wichtigsten Nationalitäten. Unter diesen nationalen



Minderheiten, die stets wirtschaftlich vernachlässigt und kulturell und politisch benachteiligt wurden und werden, gab es immer wieder Bestrebungen um Autonomie, ja sogar nach Gründung eines eigenen Staates. Tatsächlich gelang es den Türken (Azaris) und den Kurden nach dem zweiten Weltkrieg für eine kurze Zeit, eine eigene Republik zu gründen. Auf diesem Hintergrund könnte ein Entflammen ethnischer Auseinandersetzungen eine ernste Gefahr für die nationale Souveränität des Landes bedeuten. Der Verdacht, die USA würden die ethnischen Konflikte als Druckmittel gegen das Regime in Teheran instrumentalisieren, liegt nicht fern. Dafür spricht, dass sich in den letzten Monaten nicht nur in Chusistan, sondern auch in der türkischsprachigen Provinz Azarbaidshan sowie in der Provinz Balutschistan ethnische Konflikte bemerkbar gemacht haben. Diese Konflikte wiegen umso schwerer, als sich die meisten Ethnien auf Völker oder Ethnien in den Nachbarländern stützen können, wie zum Beispiel die Arabisch sprechende Minderheit im Süden auf die Araber im Irak und in den Golfstaaten, die Balutschen im Osten auf die Balutschen in Pakistan, die Türkischsprachigen im Nordwesten auf Azarbaidshan und die Türkei und die Kurden auf die Kurden im Irak, in der Türkei und in Syrien.

Die jüngsten Unruhen in Chusistan lösten in Teheran einen Schock aus. Die Regierung verhängte gegen den arabischen Fernsehsender Al Dschasira ein vorläufiges Verbot, aus Iran zu berichten. Ein Sprecher des Kultusministeriums drohte dem Sender in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen sogar mit Strafverfolgung. Zur Begründung hieß es, Al Dschasira habe gewaltsame Proteste der arabischen Minderheit im Südwesten des Landes geschürt. Tatsächlich war Al Dschasira der erste Sender, der über die Unruhen berichtet hatte. Mohammad Hossein Choschwaght, Leiter der Abteilung für ausländische Medien im Kultusministerium, sagte, der arabische Fernsehsender dürfe solange nicht aus Iran berichten, bis die Rolle des Senders bei den Unruhen geklärt sei.

Die Vermutung, dass die Unruhen von außen gesteuert worden seien, wurde dadurch verstärkt, dass die USA nur wenige Tage nach dem Ausbruch der Unruhen Iran beschuldigten, die Rechte der ethnischen Minderheiten missachtet zu haben. Ein Sprecher des US-

Außenministeriums erklärte am 20. April vor Journalisten in Washington, es sei nicht das erste Mal, dass die Islamische Republik Iran die Rechte der Minderheiten missachte. Auf die Frage, welche Rechte bei den Unruhen in Chusistan missachtet worden seien, sagte der Sprecher, zumindest sei den Arabern das Recht auf friedliche Demonstrationen verweigert worden.

Selbstverständlich nahmen auch die im Wahlkampf miteinander rivalisierenden Fraktionen die Unruhen zum Anlass, um der Gegenseite eine Mitschuld zuzuweisen. Mohammad Reza Chatami, Vorsitzender der reformorientierten Moscharekat-Partei und Bruder des Staatspräsidenten, beschuldigte in einem Interview mit der in den Emiraten erscheinende Tageszeitung „Al Chalidj“ die Gegner der Reformbewegung, das gefälschte Schreiben verbreitet zu haben, um die Regierung und die Kandidaten der Reformer zu diskreditieren. Auf der anderen Seite erklärten einige Abgeordnete der Konservativen, die Moscharekat-Partei habe die Unruhen initiiert, zumal der Provinzgouverneur dieser Partei angehöre. Der Abgeordnete Said Nezam Molla Howise forderte den Innenminister schriftlich auf, die Moscharekat-Partei in der Provinz Chusistan zu verbieten.

Am 23. April veranstalteten die Rechten in der Provinzhauptstadt Ahwaz eine Großdemonstration, bei der im Namen der Bevölkerung die uneingeschränkte Loyalität zur Islamischen Republik bekundet wurde. In der auf der Abschlusskundgebung verabschiedeten Resolution heißt es: „Wir sind stolz auf den schiitischen Islam“ – eine Aussage, die sich auch gegen Sunniten, zu denen die meisten Araber gehören, richtet. „Unsere Provinz bildet das Tor, durch das der Schiismus in unser Land Einzug fand“, heißt es weiter in der Resolution. „Wir bekennen unsere uneingeschränkte Solidarität mit der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit, die wir als Nachkommen des Propheten und der Imame betrachten.“ Die Demonstranten bekundeten ihren Abscheu gegen „die Feinde im In- und Ausland“, insbesondere gegen die USA und Israel. Sie erklärten, sie werden die Position des Revolutionsführers Ali Chamenei, der die verbrieften Rechte Irans, auch die auf Entwicklung der Nukleartechnologie verteidige, mit aller Kraft unterstützen. Sie forderten den Revolutionsführer auf, diese Position niemals aufzugeben.

**Parlament verfügt Hausverbot gegen eine Journalistin**

Am 5. April verfügte das Parlament ein Hausverbot gegen die Journalistin Massieh Alinejad von der Zeitung Hambastegi und der Nachrichtenagentur Kar. Die Journalistin hatte zuvor berichtet, die Abgeordneten hätten jeweils 1100 Euro zum neuen Jahr (21. März) geschenkt bekommen. Daraufhin wurde sie von der Tageszeitung Resalat, dem Sprachrohr islamistischer Konservativer, beschuldigt, sie habe aus der Tasche eines Abgeordneten dessen Kontoauszüge gestohlen. Demgegenüber erklärte Waliollah Schodja Purian von der Reformfraktion, er habe der Journalistin seine Kontoauszüge gezeigt.

Das Hausverbot, das das Parlamentspräsidium aussprach, wurde mit dem angeblich „ungebührlichen Verhalten“ der Journalistin begründet. Frau Massieh habe sich trotz mehrmaliger Ermahnungen ungezogen und unsittlich verhalten, sie habe sogar ihren „weiblichen Charme“ eingesetzt.

Die Verfügung rief den Protest der Reformfraktion hervor, dem sich sogar einige konservative Abgeordnete anschlossen. Auch bei den liberalen Zeitungen löste das Verbot Empörung aus. Elf Zeitungen erklärten, dass sie am 11. April die Berichterstattung über die Debatten im Parlament boykottieren werden. Tatsächlich schrieben diese Zeitungen am 11. April, dass ihre Berichterstatteer zwar die Parlamentssitzung beobachtet, jedoch aus Protest auf die Veröffentlichung eines Berichts verzichtet haben. Diesem Protest schlossen sich zahlreiche Journalisten an. Wie die Nachrichtenagentur ILNA berichtete, haben rund 350 Journalisten in einem offenen Brief an das Präsidium des Parlaments die sofortige Aufhebung des Hausverbots gegen Alinejad gefordert.

Der Fall der ermordeten Fotoreporterin Zahra Kazemi wird wieder aufgerollt

Anfang April meldete sich ein iranischer Arzt, Schahram Azam, der nach Kanada geflüchtet war, zu Wort. Auf einer in Ottawa veranstalteten Pressekonferenz sagte er, er habe jenem Ärzteteam angehört, das die schwer verletzte iranisch-kanadische Reporterin nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus untersucht habe. „Es bestand kein

Zweifel, dass die Frau geschlagen, gefoltert und vergewaltigt worden war“, sagte er.

Die aus Iran stammende Zahra Kazemi mit kanadischer Staatsangehörigkeit wurde am 23. Juni 2003 beim Fotografieren eines Gefängnisses in Teheran festgenommen. Sie wurde während der Untersuchungshaft schwer misshandelt. Am 10. Juli 2003 starb sie im Krankenhaus an einer Gehirnblutung infolge schwerer Schläge auf dem Kopf. Nach anfänglichen Vertuschungsversuchen der Justiz wurde der Geheimdienstbeamte Reza Aghdam Ahmadi vor Gericht gestellt und Ende 2004 aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Da es keinen weiteren Angeklagten gab, wurde der Fall zu den Akten gelegt.

„Als sie eingeliefert wurde, war sie bewusstlos“ sagte Azam. „Wir haben an ihrem ganzen Körper Verletzungen und blaue Flecken festgestellt, was auf massive Misshandlungen deutete.“ Zudem hätte die Untersuchung durch eine Krankenschwester ergeben, dass sie „brutal vergewaltigt“ worden sei. Er habe keinen Zweifel, dass Zahra Kazemi schwer gefoltert worden sei, sagte der Arzt.

Mohammad Reza Assefi, Sprecher des Außenministeriums, bezeichnete die Aussagen Azams als „Lüge“. Er habe niemals dem Ärzteteam, das Zahra Kazemi aufgenommen habe, angehört, sagte Assefi. Der Arzt sei ein Betrüger. Es habe mit seinen Äußerungen die Anerkennung als Flüchtling erreichen wollen.

Auch Justizsprecher Karimi Rad erklärte, Nachforschungen hätten ergeben, dass Azam nie in dem Krankenhaus, in das Zahra Kazemi eingeliefert wurde, beschäftigt gewesen sei. Er kündigte an, dass ein Berufungsgericht sich erneut mit dem Fall befassen werde. „Überall in der Welt gibt es Prozesse, die viel Zeit in Anspruch nehmen“, fügte er entschuldigend hinzu. Aus bestimmten Gründen habe man für die Wiederaufnahme zwei Jahre gebraucht. Um welche Gründe es sich dabei handelt, erwähnte der Justizsprecher nicht.

Die Wiederaufnahme des Prozesses ist wohl eher dem Druck von außen zu verdanken. Kanada hat mehrmals die Überführung der Leiche der Ermordeten nach Kanada verlangt, um dort von unabhängigen Ärzten eine Obduktion vornehmen zu lassen. Dabei beruft sich die kana-



dische Regierung auf die Tatsache, dass Frau Kazemi kanadische Staatsangehörige sei.

Diese Forderung wurde von der iranischen Justiz mit der Begründung abgelehnt, sie betrachte Frau Kazemi als iranische Staatsangehörige. Die kanadische Regierung ist seitens der Opposition, der Presse und der Öffentlichkeit einem enormen Druck ausgesetzt. Es werden Sanktionen gegen Iran gefordert. So sah sich Ottawa gezwungen, eine zuvor geplante Konferenz über iranisch-kanadische Handelsbeziehungen, die Mitte April in Kanada stattfinden sollte, abzusagen.

Sittenpolizei verschärft Maßnahmen gegen Frauen

Wenn der Sommer sich ankündigt, neigen Frauen dazu, ihre Kleidung der Jahreszeit anzupassen. Die leichtere und luftigere Kleidung ruft die Sittenpolizei auf den Plan. So erklärte der Chef der Teheraner Polizei am 19. April der Presse, die Sicherheitskräfte würden diejenigen mit Härte bestrafen, die durch ihr Verhalten oder ihre Kleidung die „Sicherheit und die moralische Ordnung“ störten. Ein Drittel der derzeit eingehenden Anrufe von Bürgern seien Beschwerden wegen unsittlicher Kleidung oder unangebrachten Benehmens der Jugend.

Die Erklärung deutet auf eine Kampagne, die jedes Jahr mit dem Beginn des Sommers gestartet wird. Dabei unternimmt die Polizei Razzien vor allem an Orten, an denen junge Leute sich treffen, in Parks, Cafés oder Einkaufszentren. Voriges Jahr rügte die Polizei Iranerinnen, die sich wie „Topmodels“ gebärdeten.

Seit einigen Jahren werden zwar die Vorschriften nicht mehr so streng gehandhabt. Man sieht oft auf den Straßen Frauen, deren Kopftuch weit nach hinten gerutscht ist. Auch junge Männer und Frauen, die man in den Parks oder Cafés trifft, werden kaum noch kontrolliert. Doch es wird befürchtet, dass die erstarkten Konservativen nach den Präsidentschaftswahlen wieder die kleinen, eroberten Freiräume zurücknehmen werden. Bislang scheinen sich die Konservativen noch zurückzuhalten, weil sie annehmen, dass strengere Maßnahmen die Wahlbeteiligung, die vermutlich ohnehin gering sein wird, noch mehr reduzieren würden.

Parlament verabschiedet Abtreibungsgesetz

Das Parlament hat am 12. April ein Gesetz verabschiedet, das die Bedingungen für legale Abtreibungen festlegt. Demnach sind Abtreibungen erlaubt, wenn drei Fachärzte und ein Gerichtsmediziner bestätigen, dass das Embryo Fehlentwicklungen oder Krankheiten aufweist, die später für die Eltern eine große Belastung bilden werden oder das Leben der Mutter bedrohen. Unter diesen Umständen ist ein Schwangerschaftsabbruch bis zum vierten Monat erlaubt. Allerdings müssten dazu beide Eltern ihr Einverständnis erklären. Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Wächterrates.

Das Parlament sah sich zu dieser Initiative genötigt, weil Presseberichten zufolge illegale Schwangerschaftsabbrüche in den letzten Jahren drastisch zugenommen haben. Experten schätzen, dass die Zahl gegenwärtig bei 80.000 pro Jahr liegt. Dabei ist zu bedenken, dass die Abbrüche oft die Gesundheit, sogar das Leben der betreffenden Frauen gefährden, weil sie zumeist nicht von Fachärzten und unter hygienisch unzulässigen Bedingungen durchgeführt werden.

Iranische Frauenorganisation wirbt Selbstmordattentäterinnen an

Einem Zeitungsbericht zufolge kündigte eine Frauenorganisation in Iran an, Frauen für Selbstmordattentate gewinnen und dazu eine öffentliche Registrierung vornehmen zu wollen. Die Freiwilligen sollten sich bei einer Versammlung melden, die am 20. April in Teheran stattfinden werde, berichtete die Regierungszeitung „Iran“ am 19. April. Die Frauen sollten vor allem für Anschläge auf ultrarechte israelische Juden angeworben werden.

Tatsächlich versammelten sich am 20. April am angegebenen Ort in Teheran zahlreiche Frauen und Männer. Der Sprecher der „Armee zur Unterstützung der Märtyrer der islamischen Bewegung“, Mohammad Ali Samadi, sagte der Nachrichtenagentur „Mehr“: „Bisher haben sich rund 35000 Männer und Frauen als Freiwillige für Selbstmordattentate registrieren lassen“. Am Rande der Versammlung, an der auch ein Vertreter von Hamas teilnahm, ließen sich Frauen bei Vorlage ihres Ausweises und ausgefüllter Formulare in die Liste der zum



Märtyrertod bereiten Unterstützerinnen des palästinensischen Volkes eintragen.

Samadi sagte: „Unser Ziel ist, das vorhandene Potenzial im Kampf gegen die Feinde des Islam zu mobilisieren.“ Die Registrierung der Bereitwilligen finde neben Teheran auch in anderen Städten des Landes statt, sagte er.

Zu Beginn der Versammlung sagte Foruz Redjaifar, Leiterin der Frauenabteilung der „Bewegung zur Unterstützung des palästinensischen Volkes: „Wir wollen mit dieser Versammlung der Welt verkünden, dass nicht nur palästinensische Frauen, sondern auch iranische Frauen und Mädchen zum Märtyrertod bereit sind. Sie werden denselben Weg wie die palästinensischen Frauen beschreiten und damit den Zionisten schlimmste Alpträume bereiten.“ Auf die Frage, wann die Frauen mit ihren Aktivitäten beginnen werden, sagte Redjaifar: „Wir befinden uns in der Phase der Vorbereitung.“

Auf der Versammlung wurde eine Stellungnahme des Ayatollah Nuri Hamedani zu „Märtyreraktivitäten“ gegen die Feinde des Islam verlesen. Märtyreraktivitäten seien erlaubt, hieß es in der Stellungnahme. Sie gelten als „d jihad“ (Krieg für Gott). Auch der Generalsekretär der „Bewegung zur Unterstützung des palästinensischen Volkes“ äußerte sich zu derselben Frage. Der Märtyrertod sei eine Waffe, für deren Einsatz man niemanden ausbilden könne. Nur Auserwählte gelangten zu der Ehre, diese Waffe einzusetzen. Bei diesem Einsatz verwandle sich der Mensch selbst in eine Waffe.

II. Wirtschaft

Kauft Iran MG Rover komplett auf?

Iran hat noch einmal bekräftigt, an einem Kauf des insolventen britischen Traditionskonzerns MG Rover interessiert zu sein.

„Wir glauben, dass unsere Autoindustrie fähig ist, den in Schwierigkeiten geratenen europäischen Autokonzern zu reformieren und ein Fahrzeug zu produzieren, das unter der gleichen Marke weitergeführt werden kann“, sagte der iranische Industrieminister Eshagh Jahangiri am 25. April vor Journalisten in Teheran. Es habe bereits Gespräche mit verschiedenen iranischen Firmen gegeben. Nun müssten die Modalitäten genau bewertet werden. Es sei nach wie vor denkbar, MG Rover komplett zu übernehmen.

Bereits zuvor hatte die staatlich kontrollierte iranische Firma Chodro, die größte Auto-Firma im Nahen Osten, bekannt gegeben, nicht mehr an Rover interessiert zu sein, während SAIPA, der zweitgrößte, ebenfalls staatliche Autohersteller des Landes, Interesse am Kauf einiger Teile des Unternehmens gezeigt hatte.

Eine komplette Übernahme sei insbesondere dann möglich, wenn andere Staaten wie Indien oder China sich als Partner daran beteiligen würden, sagte Janhangiri. In diesem Fall hätte man einen großen Markt. Zudem könnten einzelne Fahrzeugteile in verschiedenen Ländern für Rover hergestellt werden. Dadurch würde auch der Preis des Fahrzeugs gesenkt werden.

Rover hatte Mitte April Insolvenz angemeldet, nachdem Gespräche über eine Partnerschaft mit dem chinesischen Autohersteller Shanghai (SAIC) gescheitert waren. Die meisten der 6000 Rover-Beschäftigten würden bei einer Insolvenz ihre Arbeit verlieren, weitere 15.000 Stellen sind bei britischen Zulieferern gefährdet.

Iran hat historisch enge Verbindungen zur britischen Autoindustrie. Viele Iraner fahren den „Peykan“, einen Nachbau des britischen „Hillman Hunter“ aus den 60er Jahren. Der „Peykan“ wurde über drei Jahrzehnte bis vor kurzem bei Chodro hergestellt. Chodro war 1962 von iranischen Geschäftsleuten gegründet worden. Das Unternehmen fertigte zunächst einen Minibus. 1967 kam



dann mit dem „Peykan“ eine Limousine hinzu, die über die ganze Zeit praktisch dieselbe Form behielt. Ab 1990 kooperierte der Autobauer mit Peugeot und fertigte mehrere Modelle in Lizenz. Im Jahr 2002 wurde mit dem Samand wieder ein eigenständiges Modell entwickelt.

Einstieg in den chinesischen Automarkt

Nach einer Meldung der AFP steigt der staatlich kontrollierte iranische Autobauer Chodro in den chinesischen Markt ein. Ab 2007 solle die Limousine Samand in Jinhua in der Provinz Zhejiang gebaut werden, teilte Chodro mit. Ziel sei eine anfängliche Jahresproduktion von 20.000 Fahrzeugen. Die Iraner halten an dem mit dem chinesischen Partner Youngman Automobile Group gegründeten Joint Venture 30 Prozent. Ein entsprechender Vertrag wurde laut Chodro bei der internationalen Automesse in Shanghai unterzeichnet.

Weitere Öffnung der Teheraner Börse für Ausländer

Ausländer sollen künftig an der Teheraner Börse bis zu zehn Prozent der Aktien eines dort notierten Unternehmens direkt kaufen können.

Dies gab der Vorsitzende der Börse, Haidar Mostachdemin-Hosseini am 24. April im staatlichen Hörfunk bekannt. Wann die neue Regel in Kraft treten soll, sagte er nicht. Bislang konnten Ausländer zwar insgesamt bis zu jeweils 49 Prozent der Aktien einer der 422 notierten Firmen erwerben. Sie mussten dazu jedoch von der Regierung jedes Mal eine gesonderte Genehmigung erhalten, was von den Analysten als mühsam beschrieben wurde.

Insgesamt hat sich im vergangenen Jahr der Börsenwert aller in Teheran gehandelten Unternehmen mehr als verdoppelt und liegt gegenwärtig bei umgerechnet etwa 46 Milliarden Dollar.

Iran benötigt sechzig Milliarden Dollar Investitionen für die Ölindustrie

Der iranische Ölminister Bijan Namdar Zangeneh erklärte, die iranische Ölindustrie benötige für die nächsten zehn Jahre 150 Milliarden Dollar Investitionen, um seine Ölproduktion auf sieben

Millionen Barrel pro Tag erhöhen und zehn Prozent des gesamten Welthandels auf dem internationalen Markt beherrschen zu können. Der Minister erklärte weiterhin, während der nächsten zehn Jahre werde der Export chemischer Produkte von 1,7 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr auf 20 Milliarden Dollar steigen.

Nach offiziellen Berichten wurden in den vergangenen sieben Jahren im Durchschnitt jährlich rund sieben Milliarden Dollar aus inländischen und ausländischen Quellen in die Ölindustrie investiert. Diese Summe könne nach Meinung Zangenehs verdoppelt werden.

Manche Sachverständige halten den Plan, nur in der Ölindustrie eine Summe von 150 Milliarden Dollar investieren zu wollen, für unrealistisch. Der Ölminister hingegen erklärte, er könne sich die Realisierung dieses Plans durchaus vorstellen. Ihm widersprach der Vorsitzende des Energieausschusses im Parlament, Kamal Daneschiar. Iran würde niemals innerhalb von zehn Jahren die Produktion von sieben Millionen Barrel Öl pro Tag erreichen können.

Zurzeit produziert Iran etwas mehr als vier Millionen Barrel Öl pro Tag. Versuche, die Produktion zu steigern, gehen sehr schleppend voran. Einige Ölquellen sind ziemlich alt, so dass aus ihnen von Jahr zu Jahr immer weniger Öl abgeschöpft werden kann. Aus diesem Grund benötigt Iran zur Erhaltung des gegenwärtigen Produktionsstandes erhebliche Investitionen. Schon das ist schwer zuschaffen, ganz zu schweigen von einer Produktionssteigerung.

Nach Meinung des Abgeordneten Daneschiar haben etwa siebenzig Ölquellen die Hälfte ihrer Kapazität verloren, was zur Folge hat, dass Iran jährlich 200.000 Barrel weniger Öl produziert. Sollte hier nicht Abhilfe geschaffen werden, würde die Produktion in zehn Jahren um 2 Millionen Barrel täglich zurückgehen. Die Rückständigkeit der iranischen Ölindustrie weise eher auf ein Sinken anstatt auf ein Steigen der Produktion. Hinzu käme, dass in Anbetracht der Boykottmaßnahmen der USA gegen Iran, der Konflikte um das Atomprogramm und der Lage der Region die Chance auf Auslandsinvestitionen weit aus geringer sein werde als erhofft.

Die Pläne des Ölministeriums, worin auch die Hoffnung auf hohe Auslandsin-



vestitionen eine große Rolle spielen, wurden zu einem Zeitpunkt vorgelegt, in dem die Regierung Chatami die letzten Monate ihrer Amtszeit verbringt und niemand voraussagen kann, welche Regierung mit welcher Politik das Ruder übernehmen wird. Der Ölminister versucht die Investoren zu beruhigen, in dem er versichert, dass sich die gegenwärtige Politik unabhängig von jeweiligen Regierungen nicht ändern werde. Woher der Minister diese Sicherheit nimmt, wollte er nicht verraten. Er kündigte an, dass die Förderkapazität der Ölindustrie mit der Inbetriebnahme von zwei neuen Ölfeldern Ende April um täglich 190.000 Barrel steigen werde. Seinen Angaben zufolge beträgt derzeit die Förderkapazität 4,2 Millionen Barrel pro Tag.

Irans Förderquote im Rahmen der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) liegt derzeit bei 3,97 Millionen Barrel am Tag, nachdem die Organisation im März die offizielle Fördermenge auf 27,5 Millionen Barrel pro Tag erhöht hatte.

Iran hat zwar noch 1995 täglich sechs Millionen Barrel Öl produziert, in den folgenden Jahren lag die Produktion jedoch kaum über vier Millionen Barrel pro Tag. Daher müsste das Land, wenn es seine Stellung als zweitgrößter Produzent unter den OPEC-Staaten behaupten will, die Produktionskapazität erheblich erhöhen.

Weit besser ist die Lage bei der Gasproduktion, insbesondere in den Feldern von Pars, wo die Produktion gemeinsam mit Katar getätigt wird. Experten sind der Meinung, dass diese Felder die größten der Welt seien. Sie empfehlen, diesen Industriezweig so rasch wie möglich auszubauen. Doch gleichgültig ob der Staat die Öl- oder die Gasproduktion fördert, dafür sind mehrere zehn Milliarden Dollar Investitionen nötig, wozu die Hilfe ausländischer Investoren nötig ist. Das sind Sachzwänge, nach denen sich selbst die Konservativen richten müssten, wenn sie die Regierung übernehmen würden.

Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ermittelt gegen iranische Firma

Einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ zufolge ermittelt Generalbundesanwalt Kay Nehm gegen ein Teheraner Unternehmen wegen des Verdachts, in Deutschland Zubehör für das irani-

sche Raketenprogramm gekauft zu haben. Die Firma Miza Machine habe im vergangenen August einen rund 600.000 Euro teuren Spezialkran der süddeutschen Firma Liebherr bestellt, der am 7. April in Hamburg verschifft worden sei, berichtete das Nachrichtenmagazin. Die Ermittler befürchteten demnach, dass der Kran beim Bau der iranischen Raketen Schahab-3 und Schahab-4 eingesetzt werden solle, von denen sich besonders Israel bedroht fühle.

Laut Spiegel unterlief dem Zoll bei der Ausfuhrkontrolle offensichtlich eine Panne. Eine Warnung vor dem Unternehmen erfolgte demnach erst nachdem der Frachter in Hamburg abgelegt hatte. Die Firma stehe auf einer schwarzen Liste der Behörden und werde verdächtigt, bereits mehrfach der Teheraner Rüstungsindustrie zugearbeitet zu haben. In mehreren Krisensitzungen habe die Bundesregierung in den vergangenen Tagen geprüft, ob der Frachter gestoppt werden könne. Doch das Schiff hatte bereits den ägyptischen Hafen Port Said erreicht.

Inzwischen hat Teheran einen Zusammenhang zwischen einem von der Firma Liebherr gekauften Spezialkran und dem Raketenbau vehement bestritten. „Das ist eine groteske Theorie ohne jegliche Basis“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Hamid Reza Assefi, in Teheran.



III. Außenpolitik

Chatami in Paris

Am 6. April traf Staatspräsident Mohammad Chatami zum zweiten Mal während seiner Amtszeit in Paris ein. Sein erster Besuch liegt sechs Jahre zurück. Anlass des Besuchs war ein Vortrag bei der UNESCO. Aber Chatami wurde auch zu einem längeren Gespräch im Elysée-Palast von Jacques Chirac empfangen. Nach dem Treffen trat Chatami vor die Presse. Er bezeichnete das Gespräch als „sehr positiv“. Er habe mit dem französischen Präsidenten über aktuelle Probleme im Nahen und Mittleren Osten, über Nuklearfragen und über die bilateralen Beziehungen gesprochen. Chirac und Chatami hielten die Fortsetzung der Gespräche mit Deutschland, Großbritannien und Frankreich über das iranische Atomprogramm übereinstimmend für notwendig. „Ich denke, dass wir einige positive Schritte unternommen haben“, sagte Chatami. Iran habe neue Vorschläge vorgelegt, die von den EU-Staaten, insbesondere von Frankreich, positiv aufgenommen worden seien.

Bei dem Gespräch mit Chirac sei auch über Libanon gesprochen worden. Die Vorgänge in diesem Land seien sowohl für Frankreich als auch für Iran und für die gesamte Region von großer Bedeutung. „Wir werden uns für die Erhaltung der Einheit Libanons einsetzen“, betonte Chatami. „Die anstehenden Probleme müssen die Libanesen selbst lösen. Wir werden sie dabei unterstützen.“ Die Hizbollah sei eine wichtige Kraft in Libanon, sie „symbolisiere den arabischen, islamischen und libanesischen Widerstand“. Sie sei selbständig und von keinem Staat, auch nicht von Iran, abhängig. „Ich denke mit dieser Einschätzung befinden wir uns nicht weit von den Ansichten Frankreichs entfernt“, sagte Chatami.

Bezüglich der Verhandlung über das iranische Atomprogramm meinte Chatami: „Wir befinden uns in einem schwierigen Prozess. Wir bewegen uns innerhalb der Vereinbarung, die wir im November 2004 in Paris getroffen haben.“ Darin sei das Recht Irans, die Nukleartechnologie friedlich zu nutzen, anerkannt worden. Iran werde, solange die Verhandlungen andauern, die Urananreicherung aussetzen. Zurzeit stehen zwei Punkte im Vordergrund. Erstens müsse Iran glaubhaft versichern, keine Atombomben bauen zu wollen, zweitens muss Europa die Sicherheit und Entwicklung

Irans garantieren bzw. unterstützen. „Wir sind einer endgültigen Lösung weit näher als vor drei Monaten“, sagte Chatami.

Auf die Frage, was er von den USA erwarte, antwortet der Staatspräsident: „Wir haben keine Erwartungen. Die Politik der Vereinigten Staaten ist falsch und weder für sie selbst noch für uns hilfreich. Wir würden den Einsatz der USA für den Frieden befürworten. Dazu müssten sie ihre Politik ändern und aufhören, ihre Ziele mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Dies wäre sowohl für sie als auch für die ganze Menschheit vom Vorteil.“ Bezüglich der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm betonte Chatami ausdrücklich, eine dauerhafte Aussetzung der Urananreicherung stehe nicht zur Debatte. Iran habe die Nukleartechnologie selbst erworben und werde diese zur Herstellung von Brennstoff für Atomreaktoren anwenden. Diese Position Irans werde sich unter keinen Umständen ändern.

Zum Nahostkonflikt erklärte Chatami, man könne niemals einen Staat legitimieren, der auf der Grundlage von Besatzung und Vertreibung entstanden sei. Aus diesem Grund sei Iran gegen Israel. Aber sein Land werde sich in den Nahost-Konflikt nicht einmischen. Eine gerechte Entwicklung müsste zwangsläufig das Recht Palästinas auf einen eigenen Staat anerkennen. „Wir werden alles, was Palästina akzeptiert, anerkennen.“

Chatami hatte bei seinem letzten Besuch in Paris vor sechs Jahren bei der UNESCO zum Thema Dialog der Kulturen eine Rede gehalten und dabei vorgeschlagen, das Jahr 2001 international zum Jahr des Dialogs der Kulturen zu erklären. Der Vorschlag wurde von der UNO aufgenommen und umgesetzt. In diesem Jahr sagte Chatami bei seinem Vortrag: „Da Kriege in den Köpfen beginnen, muss man die Bollwerke zur Verteidigung des Friedens ebenfalls in den Köpfen errichten.“ Er sagte nach dem Ende seiner Amtszeit im Juni dieses Jahres werde er sich diesem wichtigen Thema widmen. Er habe vor, ein regierungsunabhängiges Institut aufzubauen und international anerkannte Persönlichkeiten, Denker, Forscher und geeignete Institutionen zur Mitarbeit einzuladen. Er sei der Meinung, dass der Weltfrieden nur dann gesichert werden könne, wenn die Politik in Gefolgschaft der Kultur und Moral stehe.



„Eine Politik, die nicht der Kultur und Moral folgt und lediglich nach Öl riecht, wird sich niemals für Menschenrechte einsetzen, sie wird sich für jene einsetzen, die den Wölfen ähnlich sind.“

In einem Gespräch mit der „Figaro“ wurde gefragt, warum er trotz mehrmaliger Rücktrittsdrohungen sein Amt nicht niedergelegt habe. „Ich bin in Anbetracht der krisenhaften Situation des Landes und der Gefahren, die das Land bedrohten, zu dem Schluss gekommen, dass mein Rücktritt zu einer großen Krise führen würde“, antwortete Chatami. „Ich habe aber, Gott sei dank, niemals meine Grundsätze aufgegeben, obwohl ich mache meiner Ideen nicht verwirklichen konnte. Ich habe es vorgezogen im Amt zu bleiben und Gespräche zu führen, um eine größere Krise zu vermeiden.“

Drei Millionen für Demokratie - US-Unterstützung für iranische Opposition

Die USA haben iranische Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) finanzielle Unterstützung angeboten. US-Außenamtssprecher Richard Boucher erklärte am 11. April in Washington, Gruppen, die sich um die Demokratisierung des islamischen Gottesstaats bemühen, könnten finanzielle Unterstützung beantragen. Das US-Außenministerium hat zu diesem Zweck eine Webseite aufgelegt, auf der interessierte Gruppen aufgerufen werden, sich um Zuschüsse zu bewerben. „Die Abteilung für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit plant Zuschüsse für Bildungseinrichtungen, humanitäre und Nichtregierungsorganisationen sowie Einzelpersonen in Iran, um Demokratie und Menschenrechte voranzubringen“ heißt es auf der Webseite. Es sollen vor allem Projekte, die der freien Presse und den Menschenrechten dienen und unabhängige Parteien und Gruppen, die gegen Diskriminierung und für Arbeitsrechte kämpfen, gefördert werden. Gruppen, die von der iranischen Regierung unterstützt werden, erhalten wegen geltenden Sanktionen gegen Iran keinen Zuschuss. Laut Angaben Bouchers stehen erst einmal drei Millionen Dollar für Hilfeleistungen zur Verfügung.

Die USA versuchen schon seit Jahren auf die iranische Bevölkerung einzuwirken und sie zum Widerstand gegen das Regime in Teheran zu ermuntern. Mehrere persischsprachige, auf Iran

gerichtete Fernseh- und Rundfunksender werden von den USA finanziert. Laut „USA Today“ werden für diese Sender jährlich 15 Millionen Dollar ausgegeben. Darüber hinaus werden, Presseberichten zufolge, Gruppen der iranischen Auslandsopposition, namentlich die Monarchisten, sogar die Volksmodjahedin, die sowohl von den USA als auch von der EU als terroristisch eingestuft wurden, finanziell unterstützt.

Der iranische UN-Botschafter Mohammad Dschawad Sarif bezeichnete in einem Interview mit „USA Today“ das Unterstützungsangebot des US-Außenministeriums als klaren Verstoß gegen das Abkommen von Algier, das 1981 zur Befreiung der damals in Iran festgehaltenen US-Geiseln zwischen Washington und Teheran unterzeichnet wurde. Darin hatten sich die USA verpflichtet, sich weder direkt noch indirekt in innere Angelegenheiten Irans einzumischen. Mit diesem Abkommen war die 444 Tage andauernde Geiselnahme von 52 Mitarbeitern der US-Botschaft in Teheran beendet worden.

Iran werde gegen die Entscheidung der US-Regierung beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag Beschwerde einlegen, sagte Sarif. Auch der iranische Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh verurteilte das Vorhaben und kündigte rechtliche Schritte an. „Die Regierung der USA unternimmt bereits seit Jahren den Versuch, sich in Angelegenheiten Irans einzumischen“, sagte der Regierungssprecher und fügte hinzu: „Unser Land und unsere Regierung sind stabil genug, um durch solche Attacken nicht ins Wanken zu geraten.“ Dennoch seien diese Aktivitäten gegen das internationale Recht gerichtet und könnten nicht geduldet werden. Seine Regierung werde entsprechende Maßnahme gegen die Provokation unternehmen. Um welche Maßnahmen es sich dabei handelt, sagte Ramezanzadeh nicht.

Boucher wies den Vorwurf zurück. Dies sei kein Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans. Die USA unterstützten Demokratie und Menschenrechte weltweit. US-Präsident George W. Bush hatte im Januar erklärt, sein Land werde dem iranischen Volk bei seinem Kampf für ein demokratisches System zur Seite stehen. Die USA würden jeden Versuch, einen Regimewechsel im Iran herbeizuführen, unterstützen.

**Israels Plan für einen Regimewechsel in Iran**

Israels Ministerpräsident Ariel Scharon erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung Maariv am 21. April, die Weltgemeinschaft müsse auf einen Regimewechsel in Iran hinarbeiten. Alle Staaten, insbesondere die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, müssten gemeinsam dieses Ziel verfolgen. Denn ein Regimewechsel in Iran könne nur erreicht werden, wenn die Machthaber in Teheran von allen Seiten diplomatisch, wirtschaftlich und politisch unter Druck gesetzt werden würden. Zudem sollten die Forderungen an Iran ultimativ, zeitlich befristet und planmäßig sein.

„Die Amerikaner sind darüber, ob die EU-Staaten und Russland sich einem Plan zu einem Regimewechsel in Iran anschließen würden, geteilter Meinung“, sagte Scharon. „Ich bin jedoch davon überzeugt, dass Russland und vielleicht sogar China den Amerikanern folgen würden. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats müssen eine stabile Koalition bilden. Und nur die USA können eine solche Koalition führen.“ Man müsse auf jeden Fall taktisch so vorgehen, dass sich der UN-Sicherheitsrat mit dem Streit um das iranische Atomprogramm befasse, sagte Scharon.

In einem Interview mit Radio Israel am 21. April äußert Scharon die Befürchtung, dass sich die Staatengemeinschaft an eine Atommacht Iran gewöhnen könnte. „Ich bin besorgt darüber – und wir vernehmen diese Signale eher aus Europa als aus den USA – dass sich die Welt allmählich an den Gedanken gewöhnt, dass Iran eines Tages zu dem Kreis der Staaten mit Atomwaffen zählen wird“, sagte Scharon. Letztlich werde es keine Alternative geben, als den Iran vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen. Nur so könnten gegen das Land, in dem selbst moderate Politiker die Zerstörung des jüdischen Staates fordern, konkrete Sanktionen verhängt werden.

Auf die Frage, ob er auch einen militärischen Angriff auf Iran in Betracht ziehe, antwortete Scharon: „Ich glaube nicht, dass dies die Zeit für ein militärisches Eingreifen ist.“ Die israelische Luftwaffe hatte 1981 den irakischen Reaktor in Osirak bombardiert.

Israel ist der einzige Staat im Nahen Osten, der über Atomwaffen verfügt.

Beim Besuch von Scharon in den USA hatte die israelische Delegation US-Präsident George W. Bush offenbar Luftaufnahmen von Atomanlagen in Iran vorgelegt. Scharons Militärattaché, General Joaw Gallan, habe dem US-Präsidenten außerdem Informationen der israelischen Geheimdienste zum iranischen Atomprogramm gegeben, berichtete der israelische Rundfunk. Die Dokumente sollten belegen, dass das militärische Atomprogramm Irans „sehr weit fortgeschritten“ sei, hieß es in dem Bericht.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Scott McClellan, hatte gesagt, Bush habe das Thema bei seinem Treffen mit Scharon angesprochen. Dabei sei es um die europäischen Verhandlungsbemühungen gegangen.

Die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die gegenwärtig mit Iran verhandeln, haben gedroht, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen den USA zu folgen und den Konflikt an den UN-Sicherheitsrat, der Sanktionen gegen das Land beschließen könnte, weiterzuleiten.

Rice droht Iran mit Sicherheitsrat

In einem Gespräch mit der Tageszeitung „Wall Street Journal“ hat US-Außenministerin Condoleezza Rice am 14. April Iran wegen des umstrittenen Atomprogramms erneut mit dem UN-Sicherheitsrat gedroht. „Ich möchte keinen Zeitrahmen festlegen, aber ich glaube, dass wir noch in diesem Sommer eine Einschätzung treffen werden, wo wir sind und wohin wir gehen werden“, sagte Rice. Der UN-Sicherheitsrat bleibe eine Option und die USA hätten hart daran gearbeitet, alle in dieser Absicht zu vereinen. Derzeit unterstützten die Vereinigten Staaten aber noch die diplomatischen Bemühungen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien als „den richtigen Kurs“.

Niemand wolle, dass Iran unter dem Deckmantel ziviler Nutzung Atomwaffen baue, meinte die Außenministerin. Sie erläuterte in diesem Zusammenhang auch den Unterschied zwischen dem Streit um die Atomprogramme in Iran und Nordkorea. Iran sei wahrscheinlich „anfälliger“ beim Gang vor den Weltsechheitsrat, weil das Land nicht in tota-



ler Isolation arbeiten könne, wie es Nordkorea geschafft habe. „Ich glaube, dass man bei Iranern größere Hebel hat“, sagte Rice.

Nach Ansicht der US-Außenministerin ist Iran auch nicht immun gegen die ganzen Veränderungen, die derzeit im Nahen Osten geschähen. Sie nannte dabei Irak, Afghanistan und Zentralasien.

Auch Präsident Bush erklärte bei seiner Pressekonferenz am 29. April in Washington, die USA hätten kein Vertrauen zu den iranischen Absichtserklärungen. Er respektiere zwar die russischen Bemühungen, nach dem Export von entsprechender Technologie angereichertes genutztes Uran zurückzunehmen, sagte Bush. Die internationale Gemeinschaft könne allerdings Teheran nicht trauen.

EU bestreitet Verschiebung von Gesprächen mit Iran

EU-Chefdiplomat Javier Solana hat Berichte bestritten, wonach die EU die Gespräche über einen endgültigen Stopp der iranischen Urananreicherung verschieben will. Er bekräftigte in Luxemburg vor Reportern, das nächste Treffen werde wie geplant am 29. Mai stattfinden. „Ich habe keinerlei Informationen, dass das Treffen verschoben wird“, sagte Solana.

Irans staatliche Nachrichtenagentur IRNA hatte zuvor gemeldet, die drei EU-Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien wollten die Verhandlungen erst nach der Präsidentenwahl am 17. Juni fortsetzen.

Die letzte Verhandlungsrunde, die am 29. April in London stattfand, verlief ohne Ergebnis. „Es wurden keine Schlüsse gezogen, weder positiv noch negativ“, sagte ein ranghoher Beamter des britischen Außenministeriums. Das einzige Ergebnis war, die Verhandlungen fortzusetzen.

Europarat fordert Öffnung von Irans Atomanlagen

Der Europarat hat Iran aufgefordert, stärker als bisher mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) zu kooperieren. In einer am 26. April in Straßburg verabschiedeten Resolution forderte der Rat Teheran auf, Inspektoren

der IAEA freien Zugang zu allen iranischen Nuklearanlagen zu gewähren. Im Gegenzug müsse die internationale Gemeinschaft Iran neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit anbieten, erklärte der Europarat.

Teheran besteht weiterhin auf das Recht zur Urananreicherung

Nach den Worten des iranischen Außenamtssprechers Hamid Resa Assefi wird Iran unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen über sein Atomprogramm die vorübergehend ausgesetzte Anreicherung von Uran wieder aufnehmen. Sein Land werde mit der Wiederaufnahme aber kein Jahr mehr warten, sondern allenfalls einige Monate, sagte Assefi am 24. April vor Journalisten. „Wenn wir das Gefühl bekommen, dass die Europäer durch eine Verlängerung der Gespräche nur Zeit gewinnen wollen, werden wir nicht darauf bestehen, sie fortzusetzen“, betonte Assefi.

Putin bekräftigt Nein zu militärischem Atomprogramm Irans

Wenige Tage vor seinem historischen Staatsbesuch in Israel hat Russlands Präsident Wladimir Putin seine Ablehnung einer militärischen Nutzung der Atomenergie durch Iran bekräftigt. Die Zusammenarbeit Moskaus mit Teheran beschränke sich ausschließlich auf die zivile Nutzung der Kernenergie, sagte Putin in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen. Russland sei entschieden gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen, betonte der Präsident. Die russische Zusammenarbeit im Nuklearsektor stehe zudem unter strenger Kontrolle der Internationalen Atombehörde (IAEA).

Reaktionen auf die Wahl des Kurden Talebani zum Staatspräsidenten des Irak

Die Wahl des Kurden Djalal Talebanis zum Staatspräsidenten des Irak am 6. April wurde von iranischen Kurden mit Jubel aufgenommen. Presseberichten zufolge feierten Tausende in verschiedenen Städten des iranischen Kurdistan auf den Straßen. Der Journalist Masud Kordpur sagte in einem Interview mit dem persischsprachigen Programm der BBC, die Menschen hätten auf den Straßen getanzt, Süßigkeiten verteilt und als Zeichen der Freude Feuer angezündet. Die Autos seien hupend und mit



eingeschalteten Scheinwerfern gefahren. Die Straßenfeste riefen die Ordnungskräfte auf den Plan. Sie versuchten die versammelten Menschen mit Gewalt auseinander zu treiben. Es gab auch Festnahme - wie viele, ist nicht bekannt.

Die Erfolge der Kurden im Nachbarland Irak werden sicherlich nicht ohne Wirkung auf die Kurden in Iran bleiben. Abollah Mohtadi, Generalsekretär der kurdischen Kumele-Partei Irans, meinte in einem Interview mit der BBC, die Wahl Talebanis werde in sämtlichen Staaten der Region deutlich machen, dass die Bürger - unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit - die gleichen Rechte haben müssen. Die Errungenschaften der Kurden im Irak würden sicherlich auch die iranischen Kurden, die „unterdrückt und deren Rechte missachtet wurden, dazu ermuntern, entschlossener als bisher für ihre Rechte zu kämpfen“.

Ein Parlamentsabgeordneter aus der Provinz Kurdistan, Djalali Zadeh, sagte, es bestehe kein Zweifel, dass die Kurden in Iran die Vorgänge im Irak genau verfolgen und wenn sie feststellen, dass ihre Nachbarn in kurdischer Sprache Zeitungen und Zeitschriften lesen, Radio hören und fernsehen können, werde dies nicht ohne Wirkung bleiben. Er warnte, die jetzt „spürbare Brieße könnte sich in einen Sturm verwandelt“.

Was die Kurden beanstanden, sagte Rechtsanwalt Saleh Nikbacht der BBC, ist unter anderem der Umstand, dass Kurden in höheren staatlichen Positionen nicht vertreten seien. Dies könne entweder daran liegen, dass Kurden ausgegrenzt würden oder daran, dass sie nicht die erforderliche Ausbildung erhalten hätten. Nikbacht weist auf Paragraph 48 der Verfassung der Islamischen Republik, wonach alle Teile des Landes gleich behandelt werden müssten. Gemäß der Verfassung dürfe es bei Investitionen, Verteilung der Staatseinkünften, Durchführung von Entwicklungsprojekten keine Benachteiligung geben. Dasselbe gelte für Bildung und Ausbildung.

Nicht nur die Situation der Kurden, sondern allgemein die Lage ethnischer Minderheiten macht in Iran seit Monaten Schlagzeilen. Wenn nun viele Politiker aus verschiedenen Lagern immer wieder betonen, dass sich die Zentralregierung mehr als bisher um ethnische

Minderheiten kümmern und die eingestanden Benachteiligungen aufgehoben werden müssen, hängt das wohl eher mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zusammen.

Besuch einer Delegation des Europaparlaments

Eine dreiköpfige Delegation der 2004 im Europaparlament gegründeten Iran-Gruppe hielt sich vom 14. bis 17. April zu einem offiziellen Besuch in Iran auf. Angelika Beer (Grüne), Leiterin der Gruppe, bezeichnete die Reise als „historischen Neuanfang“. Es fanden Gespräche mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und Vertretern regierungsunabhängiger Organisationen statt. Ein Treffen mit politischen Gefangenen wie dem Journalisten Akbar Gandji, der sich seit seiner Rückkehr von der im Jahr 2000 in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz in Haft befindet, oder dem ehemaligen Regierungssprecher Amir Entezam, der seit 25 Jahren inhaftiert ist, wurde zum Bedauern der Gruppe nicht gestattet.

In einem Interview mit der „Tageszeitung“ antwortete Beer auf die Frage, was sie konkret von der Reise mitgebracht habe: „Wir haben erreicht, dass eine Diskussion über alle Themen möglich war. Das betrifft die Nuklearfrage genauso wie die Situation der Menschenrechte. Und wir haben deutliche Signale, dass in Iran eine Parlamentsgruppe nach dem Vorbild der EU-Iran-Gruppe eingerichtet wird.“

Zu den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm äußerte sich die Europaabgeordnete optimistisch. „Solange verhandelt wird, gibt es die Chance für eine Einigung“, sagte Beer. Die Verhandlungen mit Iran seien ein „Schlüsselement“ der europäischen Iranpolitik. Diese Politik, durch die eine friedliche Koexistenz im Nahen und Mittleren Osten angestrebt werde, sei die Konsequenz aus dem Präventivschlag gegen Irak.

Befürchtungen, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen könnte die EU ins Fahrwasser der USA geraten, wies Beer zurück. Ziel der Verhandlungen sei, Iran vom möglichen Bau der Atombombe abzuhalten, sagte die grüne Politikerin. „Dies wird gelingen, wenn die Aussagen unserer Gesprächspartner, dass sie kein Interesse an Atomwaffen haben, stimmen.“

Beer betonte, dass das Atomprogramm nicht der einzige Punkt sei, über den man mit Iran verhandle. Auch das Problem des Terrorismus und noch mehr das der Menschenrechte gehörten zum Gegenstand der Verhandlungen. Daher sei die Vermutung, die EU würde sich im Falle einer Einigung im Atomkonflikt nicht mehr um die Einhaltung der Menschenrechte in Iran kümmern, abwegig. „Die EU ist der Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen verpflichtet. Menschenrechte sind nicht verhandelbar“, sagte Beer.